Antrag zur MV am 5.2.2025

Titel: Kahlschlag an der TU Chemnitz verhindern

In den letzten Tagen ist bekannt geworden, dass an der TU Chemnitz starke Einsparungen im Personalbereich vorgenommen werden sollen. Es scheint geplant zu sein, dass über 200 Stellen, vor allem im Bereich des wissenschaftlichen Nachwuchses, entfallen sollen.

Wir fordern das Rektorat der TU Chemnitz auf, dass Sparkonzept der Universität nicht auf dem Rücken der Beschäftigten durchzuführen.

Wir fordern den Stadtrat und Oberbürgermeister von Chemnitz auf, dass Sie sich bei der Landesregierung dafür einsetzen, dass die TU Chemnitz mehr Geld aus dem Landeshaushalt bekommt, so dass die harten Kürzungen entfallen können.

Begründung:

Die TU Chemnitz ist die einzige Hochschule der Stadt und nimmt viele wichtige Funktionen für Chemnitz ein. Die jetzt vorgesehenen Kürzungen werden vor allem den wissenschaftlichen Nachwuchs treffen, da diese nicht verbeamtet sind und nur kurzfristige Arbeitsverträge haben.

Für die Entwicklung der Universität und der Stadt wäre dies verheerend. Die TU Chemnitz ist nicht nur der größte Arbeitgeber, sondern auch wichtiger Motor in Forschung & Entwicklung sowie Ausbildung von Studierenden. Die Studierenden und Wissenschaftler bringen sich vielfältig in die städtische Gesellschaft ein und bereichern diese.

Der Wegfall von 200 Personalstellen, was deutlich mehr Personen betreffen dürfte, da Stellen im Wissenschaftsbetrieb oft in Teilzeit ausgeschrieben werden, ist ein erheblicher Einschnitt in diese Prozesse und riskiert, dass nicht nur die TU Chemnitz stagniert, sondern auch die Stadt Chemnitz.

Die Stadt hat jetzt schon mit Wegzug, demografischen Wandel und wenig Wirtschaftswachstum zu kämpfen. Eine TU Chemnitz die jetzt einen Kahlschlag plant, ist hier Gift für die weitere Entwicklung nicht nur der Stadt Chemnitz, sondern der ganzen Region.

Begründung der Eilbedürftigkeit:

Viele Details zu den geplanten Kürzungen sind noch nicht bekannt. Gestern gab es einen Austausch mit dem Rektor in welchem das Ausmaß der Kürzungen im Personalbereich erstmals konkreter skizziert wurde. Dabei sind die Auswirkungen im Personalbereich deutlich umfassender als zunächst kommuniziert.